

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

4.1.1932 (No. 2)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung Nr. 14
Bismarckstr.
Nr. 953
und 954
Postfachamt
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht hin, an vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Verbindung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fallen die Gebühren nicht an. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, Rabatt fort, Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleihezeitschrift für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Ausbreitungen im Ruhrgebiet

Die kommunistische Streikpropaganda

WZ. Essen, 4. Jan. (Tel.) Die für heute angetündete verstärkte Propaganda der KPD für einen Streik im Ruhrgebiet scheint nach den bisher vorliegenden Meldungen den beabsichtigten Erfolg nicht gehabt zu haben. Aus dem Präsidialbezirk Kettlinghausen wird gemeldet, daß von 54 Zechen nur auf der Schachtanlage Westerbolt von einer Belegschaft von 730 Mann 516 streikten.

In verschiedenen Orten des Bezirks kam es heute früh zu schweren Behinderungen von Arbeitswilligen. Die Polizei schritt überall rasch ein und nahm insgesamt 75 Personen fest. In Werlich wurden 26 Personen, in der Hauptstadt kommunistische Funktionäre, festgenommen, die eine verborgene Versammlung abhielten. In der Versammlung war beschlossen worden, unter allen Umständen die Zeche Westerbolt heute früh stillzulegen. Ein großer Teil der festgenommenen wird sich vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

In Verten hatte man an verschiedenen Stellen Bäume gefällt und quer über die Straße gelegt, um dadurch die Aktionsfähigkeit der Polizei zu behindern. In Bottrop wurden heute früh an verschiedenen Stellen insgesamt 7 Schaufensterjalousien zertrümmert. Aus dem Dortmund- und Hammer Bezirk wird berichtet, daß auf allen Zechen die Arbeit aufgenommen worden ist.

Wie die Essener Polizei mitteilt, wurden in der vergangenen Nacht und am frühen Morgen mehrere Terrorakte gegen den Straßenbahnverkehr verübt. Im Stadtteil Vorbeck wurden an mehreren Stellen Weichen unbrauchbar gemacht, Schienen verlegt und das Pflaster aufgerissen. Am Weidkamp entlegte ein Straßenbahnwagen. Gegen 6 Uhr wurde in Vorbeck ein Straßenbahnwagen beschossen und mit Steinen beworfen. Personen wurden nicht verletzt. Die Zugangsstraßen zu einer Zeche waren durch Drahtüberhänge gesperrt. Die Polizei nahm insgesamt 80 Personen fest.

Die Streikbeteiligung im Ruhrbergbau

WZ. Essen, 4. Jan. (Tel.) Der Bergbauverein teilt mit: In der heutigen Frühsticht sind nur auf drei Zechen Teile der Belegschaft infolge kommunistischer Streikpropaganda von der Arbeit fern geblieben. Auf „Monopol Grillo“ in Ramen streikten von 672 Mann 168. (Hier sind die Ausständigen zum größten Teil von den Kommunisten gewaltsam von der Arbeit behindert worden.) Auf „Westerholt“ streikten von 1008 Mann 516 und auf „Diergardt“ von 637 Mann 234. Auf mehreren Zechen wurden Mitglieder der Belegschaft wegen Streikaufruf fristlos entlassen.

Erfolgreiche Streikparolen in Köln

WZ. Köln, 4. Jan. (Tel.) Größere Trupps der KPD und des kommunistischen Jugendverbandes versuchten heute in aller Frühe, insbesondere das Personal der Straßenbahnen zum Streik aufzureizen, was jedoch mißlang. Die Polizei schritt mit starkem Aufgebot ein, zerstreute ohne ernstliche Zwischenfälle die Aufreißer und nahm insgesamt 36 Verhaftungen vor.

Zu sehr bewegten Szenen kam es auf dem Straßenbahnhof Köln-Nord, wo das Betriebsratsmitglied dieses Bahnhofs, Stadterordneter Scharowski (KPD) zum Streik aufforderte. Er wurde schließlich von der Polizei verhaftet.

Auch in Düsseldorf versuchten kommunistische Trupps heute früh, Arbeiter von der Arbeit zurückzuhalten. Starke Polizeikräfte bereiteten ihr Vorhaben und nahmen etwa 150 Personen fest. Zu Zusammenstößen ist es bisher nirgends gekommen.

Der japanisch-chinesische Konflikt

Die Besetzung der Südmandschurei

Wie die Agentur Japocapacifique aus Peking berichtet, hat sich die chinesische Regierung von Kinschau mit dem Generalstab auf Pankow innerhalb der Großen Mauer zurückgezogen. Japanische Marineartillerie habe die Eisenbahnzone zwischen Peking und Mukden beschossen und den Verkehr auf dieser Strecke an verschiedenen Punkten unmöglich gemacht. — Nach einer Meldung aus Tokio haben die japanischen Truppen ihren offiziellen Einzug in die Stadt Kinschau, mit Generalleutnant Muro an der Spitze, am Sonntag um 10.40 Uhr gehalten. Die Bevölkerung der Stadt soll nach dieser Meldung sogar den einrückenden japanischen Truppen begeisterte Kundgebungen bereitet haben.

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall

WZ. New York, 4. Jan. (Tel.) Der Vertreter der Associated Press in Mukden berichtet: Der amerikanische Konsul in Charbin, Chamberlain, wurde in Mukden von einer aus 3 japanischen Soldaten bestehenden Patrouille mißhandelt. Als er sein Auto verließ, das die amerikanische Flagge und das amerikanische Wappen zeigte, erhielt er schwere Schläge ins Gesicht, obwohl er seinen Diplomatenpaß vorgezeigt. Der amerikanische Generalkonsul in Mukden und der Konsul selbst erhoben bei dem japanischen Konsul persönlich nachdrücklichen Protest. Dieser ordnete eine gründliche Untersuchung an.

Abkündigung der Prohibition in Finnland. Die Volksabstimmung über die Abschaffung der Trunkenlegung Finnlands hat eine tiefe Mehrheit hierfür erbracht. Für vollständige Aufhebung der Prohibition wurden 520 800, für Zulassung leichter Weine 10 800 und für Beibehaltung 206 800 Stimmen abgegeben. Es fehlen nur noch einige tausend Stimmen, die das Gesamtergebnis nicht mehr beeinträchtigen.

Letzte Nachrichten

Dankfassung des Reichspräsidenten

WZ. Berlin, 4. Jan. (Tel.) Dem Reichspräsidenten sind anlässlich des Jahreswechsels zahlreiche Glückwünsche aus dem In- und Ausland zugegangen. Da es ihm zu seinem Bedauern nicht möglich ist, sie einzeln zu beantworten, läßt der Reichspräsident alle, die seiner in diesen Tagen freundlich gedacht haben, bitten, auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank und seine aufrichtigen Wünsche für das neue Jahr entgegenzunehmen.

Dem Reichspräsidenten ist eine Anzahl von Glückwünschen aus dem In- und Ausland zugegangen. Obwohl alle Staatsoberhäupter durch ihre diplomatischen Vertreter beim Neujahrsempfang ihre Glückwünsche zum Ausdruck gebracht haben, haben viele von ihnen auch telegraphisch dem Reichspräsidenten ihre Neujahrswünsche übermittelt.

Das preussische 167-Millionen-Defizit

Weitere Abstriche an den Sachausgaben

WZ. Berlin, 4. Jan. (Tel.) Der preussische Finanzminister verhandelt gegenwärtig mit den übrigen Regierungsgesandten über weitere erhebliche Abstriche an den Sachausgaben des Etats für 1932, um zu versuchen, auf diese Weise das noch bestehende Defizit von 167 Millionen mindestens wesentlich herabzudrücken.

Finanzminister Klepper erklärte bereits, die preussischen Sachausgaben seien bereits soweit eingeschränkt worden, daß abermalige Abstriche fast unmöglich erscheinen. Nun ist es aber dennoch gelungen, bereits bisher abermals 20 Millionen an den Sachausgaben einzusparen durch kleinere Abstriche in allen Etats, die u. a. auch die Restposten betreffen. Demnach verbliebe noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 147 Millionen. In personeller Hinsicht kommen zu Buche schlagende Einsparungen eigentlich nur beim Polizeiretat und bei den Lehrerbeförderungen in Frage. Die Ausgaben für die Lehrer haben bereits nach der zweiten preussischen Sparverordnung eine Verminderung erfahren; was die Polizeikosten anlangt, so habe der Innenminister erklärt, daß auf diesem Gebiete keine weiteren Einsparungen in Frage kommen könnten. Es bleibt als Ausweg aus dem Etatdefizit vermutlich nur die Erschließung einer neuen Steuerquelle; in diesem Zusammenhang wird gesagt, daß eine Entscheidung über die Einführung der Schlachtsteuer zur Zeit noch nicht gefallen ist. Ob sich Preußen von den Verhandlungen mit dem Reich wegen eines besseren Finanzausgleichs oder wegen Abzählungen auf die preussischen Entschädigungsansprüche Nennenswertes versprechen kann, muß als fraglich bezeichnet werden, da gerade in dieser Hinsicht alle Länder mit finanziellen Ansprüchen an das Reich herantreten. Fest steht bisher nur, daß der preussische Etat nicht mehr bis Mitte Januar zur parlamentarischen Behandlung reif ist.

Der französisch-russische Nichtangriffspakt

WZ. Paris, 4. Jan. (Tel.) „Echo de Paris“ erklärt heute, man könne mit dem baldigen Abschluß der französisch-russischen Nichtangriffspaktverhandlungen rechnen, um so mehr, als man sich bereits im Dezember über die Schaffung einer Ausgleichskommission geeinigt habe, die die wesentliche Grundlage des abguschließenden Vertrages bilden soll.

Bedrohliche Lage in Indien

Gandhi und Patel verhaftet

Die Lage in Indien hat sich bedrohlich entwickelt. Gandhi und der Präsident des Kongresses, Vallabhai Patel, sind verhaftet worden. Sie wurden in das Yerwada-Gefängnis in Pune gebracht. Der König hat in einer Antwort an Gandhi erklärt, die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um einen neuen Feldzug des zivilen Ungehorsams zu bekämpfen. Das Exekutivkomitee des Kongresses hatte auf Grund der Weigerung des Vizekönigs, die Frage der Regierungserlasse mit Gandhi zu besprechen, beschlossen, die Kampagne des zivilen Ungehorsams zu eröffnen und den gesamten britischen Handel zu boykottieren.

Patel erließ vor seiner Überführung ins Gefängnis folgende Botschaft an die indische Nation: „Diesmal wird es einen schweren Krieg bis zum Ende geben. Ich hoffe, die Nation wird bereit sein, die äußersten Opfer zu bringen, aber den Weg völliger Gewaltlosigkeit niemals zu verlassen.“ — Zu seinem Nachfolger ernannte er das Mitglied des Volksgesandtschafts des Nationalkongresses, Babu Rajendra Prasad.

Zollerhöhungen in der Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat den Zollsatz allgemein auf 10 Franken pro 100 Kilo erhöht. Der Zollsatz für Forellen, frisch oder gefroren, wird auf 15 Schw. Franken pro Doppelkilo erhöht (bisher 2.—), der Zoll für Korsets aus Baumwolle auf 500 Schw. Franken (bisher 300.—), für andere Korsets als aus Baumwolle und Leinen, also insbesondere aus Seide und Kunstseide, auf 500 Schw. Franken (bisher 350.—).

Georg Strömbing freigesprochen. In Prag fand nach fast dreiwöchiger Verhandlung am heutigen Montag der Meineidsprozess gegen den ehemaligen Eisenbahnminister und jetzigen Abgeordneten der Rigopartei, Georg Strömbing, mit dem Freispruch des Angeklagten seinen Abschluß.

Die Thomsen-Schiffer in London sind heute, Montag, früh in den Streit getreten.

* England und Frankreich und die Reparationen

In dem Bericht des Baseler Sonderausschusses hieß es unter anderem, daß man „Entscheidungen ohne Verzögerung“ treffen müsse, wenn man eine allgemeine Katastrophe vermeiden wolle. Seitdem sind 14 Tage verfloßen, und getan wurde nichts. Bestimmt wurde lediglich die Einberufung einer großen Konferenz, auf welcher die am Reparations- und Schuldenproblem beteiligten Regierungen die dringend notwendigen Maßnahmen für die Zukunft beschließen sollen. Als Tag des Zusammentritts war der 18. Januar vorgeschlagen worden. Und als Tagungsort Lausanne.

Wenn man bedenkt, daß Anfang Februar die große Abrüstungskonferenz beginnen soll, und daß am 1. Februar die Stillhalteperiode offiziell abläuft, dann ist der Termin des 18. Januar reichlich spät. Und man kann es begreifen, daß man jetzt auch in England nervös zu werden beginnt, da Frankreich den Wunsch angemeldet hat, die Regierungskonferenz in Lausanne sogar noch um einige Tage zu verschieben. Offenbar hat die britische Regierung diesen Wunsch mit großer Verstimmung aufgenommen; denn das Pariser Kabinett hat sich bereit, den Generalsekretär im Außenministerium, Herrn Berthelot, nach London zu schicken, um das dortige Kabinett zu beschwichtigen und mit ihm über alles weitere zu verhandeln. Offiziell wird zwar als Grund der Londoner Reise Berthelots der Besuch einer Ausstellung angegeben. Aber das ist natürlich nur eine Kulisse.

In England befürchtet man eine Hinausschiebung oder gar Gefährdung der Abrüstungskonferenz, wenn die Konferenz in Lausanne zu spät zusammentritt. Man befürchtet aber auch weiterhin in der Zeit bis zum Ende dieses Monats neue wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten und möchte eine Angelegenheit rasch erledigt haben, die sich immer mehr zu einer Bedrohung aller Fundamente der Weltwirtschaft auszuwickelt.

In Frankreich hat man merkwürdigerweise die Verschiebung des Termins der Lausanner Konferenz damit begründet, daß man erst die Beschlüsse des in Berlin tagenden Stillhaltefortiums abwarten müsse. Diese Begründung ist deshalb besonders interessant, weil sie zeigt, daß die französische Regierung jetzt doch nicht mehr die engen Beziehungen zwischen dem privaten Schuldenproblem und dem Reparationsproblem leugnet.

Was Deutschland betrifft, so kann es nur mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß rasch gehandelt wird. Das Jahr 1932 wird höchstwahrscheinlich dasjenige Jahr sein, das im Gegensatz zur Übung der letzten 13½ Jahre das große und kategorische Nein unseres Volkes bringt. 13½ Jahre lang haben wir im wesentlichen eine Außenpolitik des Ja-Sagens betreiben müssen. Erreicht worden ist damit nichts: die Wirtschaftskrisis und Finanzkrisis in Deutschland ist mit jedem Monat schlimmer geworden. Wenn unsere Gläubiger, das heißt also in erster Linie Frankreich, nicht endlich Vernunft annehmen, wenn sie uns in blindem Unverständnis selber zum äußersten treiben, dann wird in diesem Jahre 1932 auch das Äußerste geschehen: wir werden jenes Nein aussprechen, weil uns keine andere Wahl bleibt.

Wir können keine Reparationen mehr zahlen, und wir müssen es ablehnen, daß jetzt von französischer Seite von neuem wieder der Versuch gemacht wird, eine provisorische Lösung des Reparationsproblems vorzubereiten, eine Lösung, bei der die Kette, an der wir liegen, wohl für einige Jahre etwas gelockert wird, um dann aber wieder straff angezogen zu werden. Die Meldung, daß das Londoner Kabinett aus Gründen einer opportunistischen Politik dem französischen Verlangen nachgegeben habe, ist inzwischen demontiert worden. Die Meldung ging dahin, daß England sich auf den etwaigen Vorschlag eines fünfjährigen Moratoriums der Reparationszahlungen einlassen werde, in der bestimmten Voraussetzung, daß dann nach Verlauf der fünf Jahre die endgültige Abwertung der Reparationen doch erfolgen werde.

Nun, wie gesagt, ein Dementi ist erfolgt. Und wir freuen uns dessen. Denn selbstverständlich hätte Deutschland einem solchen Provisorium nicht zustimmen können. Was wir fordern müssen, das ist die endgültige Lösung, das Verschwinden der Reparationen. Mag es sich dabei nun um aufschiebbare oder unaufschiebbare Zahlungen handeln. Jedenfalls werden wir dem französischen

Berjud, das Reparationsproblem so zu drehen, daß die Reichsbahn immer mehr und mehr in die Hände Frankreichs gerät, unverrückbaren Widerstand leisteten. Die französische Tendenz in dieser Hinsicht ist ja ganz klar: man läßt uns den unaufschiebbaren Teil der Reparationen, der aus den Einkünften der Reichsbahn bestritten wird, bezahlen und leitet ihn dann der Reichsbahn wieder her. Auf diese Weise kommt die Reichsbahn nach und nach finanziell in französischen Besitz, und Frankreich steckt außerdem wachsende Beträge an Zinsen ein.

Wie ist es denn überhaupt mit den Reparationen? Frankreich selbst hat seinerzeit die Summe, die es zur sogenannten „Wiedergutmachung“ gebrauche, auf 14 Milliarden beziffert. Gewiß eine Riesensumme, von der man vor dem Weltkriege noch nicht einmal zu träumen gewagt hätte! Nach genauesten Berechnungen, deren Richtigkeit im wesentlichen auch von Frankreich bereits anerkannt worden ist, hat Frankreich bis jetzt 18 Milliarden Reichsmark erhalten. Es hat also nicht nur seine „Reparationen“ bekommen, sondern noch 4 Milliarden dazu! Das ist fürwahr ein glänzendes Geschäft.

Aber nun muß einmal der Schlüsselpunkt hinter dieses Geschäft gesetzt werden! Es ist ausgeschlossen, daß Deutschland, das den Weltkrieg mit ungeheuren Opfern zu bezahlen hatte und noch jahrelang die Tributlasten der Reparationen getragen hat, jetzt noch weiter derartige Tribute zahlt. Nicht einmal der Räuber wagt es, sich von dem Verkauften eine bindende Erklärung geben zu lassen, nach welcher noch jahrelang über den Tag des erfolgten Raubes hinaus Tributsummen an den Räuber zu zahlen sind. Diese Methode blieb den Siegern des Weltkrieges vorbehalten. Aber mit dieser Methode muß nun endlich einmal gebrochen werden.

Kurze Nachrichten

Reichskanzler Dr. Brüning ist am Sonntagabend von seinem kurzen Weihnachtsurlaub wieder nach Berlin zurückgekehrt. Er hat sich während der ganzen Urlaubstage in Trier aufgehalten.

Graf Zattenbach zum Gesandten ernannt. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist Graf Zattenbach, Vortragender Legationsrat und seit Frühjahr 1929 Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt, unter Befehl auf seinem Posten zum Gesandten ernannt worden.

Erkrankung des ehemaligen deutschen Kaisers. Der ehemalige deutsche Kaiser hat sich in Doorn eine schwere Erkrankung zugezogen und mußte daher am Sonntag das Bett hüten.

Die Betriebseinnahmen der Reichsbahn beliefen sich im November auf 290,01 Millionen Reichsmark gegen 335,76 Millionen Reichsmark im Vormonat, während die Gesamtausgaben 684,55 (407,21 i. V.) Millionen Reichsmark erreichten, was einen Fehlbetrag von 94,5 Millionen Reichsmark ergibt.

Edert darf in der Falz nicht sprechen. Wie die kommunistische „Arbeiterzeitung“ meldet, ist die in Ludwigshafen a. Rh. geplante gewerkschaftliche Versammlung, in der Edert sprechen sollte, von der Polizeibehörde untersagt worden. Die Polizei habe darüber hinaus mitgeteilt, daß für die gesamte Falz Redeversbot für Edert bestehe.

Für die pfälzische Textilindustrie fällt der Schlichtungsanspruch Ludwigshafens gestern nachmittag einen Schiedsbruch, der die derzeitigen Löhne entsprechend der vierten Rotverordnung um 4 1/2 Proz. auf 58 Mpf. pro Stunde in der Epibe herabsetzt.

Das nationalsozialistische 12-Punkte-Programm in Hessen. Die nationalsozialistische Fraktion des Hessischen Landtags hat ihr 12-Punkte-Programm für die Regierungsbildung mit dem Zentrum jetzt in Form eines Antrages im Landtag eingereicht. Ferner hat die Fraktion den Antrag gestellt, den 11. August (Verfassungstag) als gesetzlichen Feiertag in Hessen auszuheben und alle wegen politischer Straftaten Verurteilten zu amnestieren.

General Pau. General Pau, der Vorsitzender des Interkontinentalen des französischen Notens Kreuzes war, ist im 85. Lebensjahre gestorben.

Die südslawischen Senatswahlen. In ganz Jugoslawien wurden am Sonntag die Senatswahlen nach der neuen Verfassung durchgeführt. Es waren 46 Senatoren, die Hälfte des Senats, zu wählen, während die andere Hälfte vom König ernannt wird. Nach den am Sonntagabend 9 Uhr vorliegenden Wahlergebnissen sind die von den Regierungsparteien aufgestellten Kandidaten gewählt.

Ein seltsamer Attentatsplan. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion veröffentlicht einen Bericht, wonach ein Sekretär der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Moskau einen Anschlag auf den tschechoslowakischen Botschafter zu verüben, um dadurch einen Konflikt zwischen Japan und der Sowjetunion hervorzurufen. Der Sekretär hat Ausländer verlassen müssen.

Formelle Auflösung der Kanton-Regierung. Wie der „Times“-Korrespondent in Hongkong meldet, hat sich die Kanton-Regierung gemäß dem Friedensvertrag mit Nanking formell aufgelöst.

Dr. Rumpfer 60 Jahre alt. Der bekannte Flugzeugkonstrukteur Dr.-Ing. Rumpfer in Berlin vollendet am 4. Januar sein 60. Lebensjahr. Dr. Rumpfer, dem von frühestem Jugend an das Ziel vorstand, an der Lösung des Flugproblems mitwirken zu können, ist hauptsächlich durch die Herstellung der „Rumpfer-Taube“ bekannt geworden, deren Leistungen besonders während des Weltkrieges berühmt geworden sind. Da der Friedensvertrag von Versailles dem deutschen Flugzeugbau außerordentliche Hürden auferlegte, wandte sich Dr. Rumpfer vorübergehend dem Automobilbau zu, der ihn die verschiedensten Erfindungen verbandt. Seit 1919 arbeitet Dr. Rumpfer auch an der Konstruktion eines Transoceanflugbootes, das bei 35 Mann Besatzung Raum für 135 Passagiere bietet und den Luftverkehr zwischen Hamburg und New York in 20 Flugstunden bewältigen soll. Zur Feier in den Zoo-Sälen waren Sonntagabend zahlreiche Vertreter der Behörden und viele führende Persönlichkeiten der deutschen Luftschiffahrt anwesend. Erz. Lewald begrüßte den Jubilar und schilderte eindringlich die Verdienste Dr. Rumpfers um die deutsche Luftfahrt. Dr. Rumpfer gab dann einen kurzen Überblick über sein Leben und seine Arbeit und erzählte, wie er die ersten Anregungen zum Flugzeugbau erhielt und wie es allmählich zu der Konstruktion der Rumpfer-Taube kam. — Ministerialdirektor Dr. Brandenburg überbrachte die Glückwünsche des Reichsverkehrsministers.

Selbstbestimmung

Unter dieser Überschrift führt Abg. Dr. Föhr, Vorsitzender der Badischen Zentrumspartei, anlässlich des Jahreswechsels im „Bad. Beobachter“ in einem Artikel nach der Behandlung der Verhältnisse im Reich u. a. folgendes aus:

Und wie war es im Lande Baden? Das vergangene Jahr hat uns eine Erweiterung der badischen Regierung gebracht. Es war das ein Ziel, das uns stets vorwebte und an dessen Verwirklichung in einem früheren Stadium uns keine Schuld trifft, so wenig wie daran, daß die Badische Staatspartei der Koalition fernblieb. Die Regierungserweiterung bedeutete eine Schwächung des Einflusses der Partei in der Regierung. Manche Kritiker waren darob voller Besorgnis, ob der eingeschlagene Weg richtig sei. Getreu der Parole unjener großen Führer Wader und Schöfer, „weniger ist mehr“, spielten derartige Erwägungen, ob der Einfluß unserer Partei in der Regierung wächst oder abnehme, keine Rolle. Maßgebend war für uns und mußte es sein, daß unsere Grundziele verfolgt werden, nämlich, daß eine, unseren religiös-kulturellen, nationalen, wirtschafts- und staatspolitischen Grundanschauungen entsprechende Gesamtpolitik damit gefördert wird, also das Wohl des Staates, der Gesamtheit, erreicht wird. Die halbjährige Amtstätigkeit der jetzigen Regierung, wie sie nunmehr hinter uns liegt, hat bewiesen, daß der Weg richtig war. Die Rührer und Kritiker in drei verschiedenen Parteien, die von vornherein nur Schwierigkeiten sahen, mußten bestimmen vor der Tatsache, daß die Regierung eine solide, sachliche Zusammenarbeit zum Wohle des Staates geleistet hat. Es wird sich auch zeigen, daß die Opposition der Staatspartei fruchtlos ist, daß eine derartige Einstellung, wie sie die Badische Staatspartei bekundet, nur den Niedergang einer solchen Partei beschleunigen muß. Was könnte der Badischen Staatspartei noch Anziehungskraft verleihen, wo sie doch an allen verantwortungsvollen Entscheidungen im Reich mitbeteiligt ist? Etwas die absolute Einflußlosigkeit in einer Regierung im Lande, die doch nach ihren Anschauungen das politisch erstrebenswerte Idealziel ist, nämlich die große Koalition? Oder etwa die besonderen Feindseligkeiten dem Zentrum gegenüber, die oftmals kulturkämpferischen Zinstinthe, die in dieser Partei losgebrochen sind? Diese Kreise der badischen Demokratie sind 50 Jahre zu spät auf die Welt gekommen und haben noch dazu den falschen Namen gewählt. Denn ihre Vorgänger waren gar nicht so eingestellt.

Finanzpolitisch gerieten im verflochtenen Jahre die Länder in Schwierigkeiten. Die Ursache war die gleiche wie bei Reich und Gemeinden, vor allem der Rückgang der Steuererträge. Man schrie ins Land hinaus: Bankrotte Finanzen des Landes Baden, Miswirtschaft, der vom Zentrum gestellte Finanzminister hat versagt, und wie die lebenswichtigen Auswendungen alle gelaugert haben. Am lautesten schrien diejenigen, die von der Sache am wenigsten verstanden, wie es oftmals im Leben sein soll. In der Zwischenzeit ist es in diesem Lager der Kritik still geworden. Es ist bewiesen worden, daß die Finanzen unseres Landes nicht bankrott sind, daß im Gegenteil die Finanzen gesund sind und die badische Regierung sie nur nicht zerrütten ließ. Die badische Regierung ist etwas früher aufgestanden als andere, weil in ihr der Wille absolut vorherrschte, unter keinen Umständen eine Bankrottpolitik zu treiben. Sie war die erste, die mit ihren Sanierungsmaßnahmen hertrat, sie mußte die Hauptkritik aushalten, aber dafür gehörte sie auch zu den ersten, die den Etat wieder in Ordnung brachten und damit ein Ziel erreichten, von dem verschiedene andere Länder, vor allen Dingen das an sich doch viel finanzkräftigere Preußen, noch erheblich entfernt ist. Die Opfer waren also nicht vergebens. Wenn der badische Beamte vorübergehend Sonderopfer tragen mußte, so mag er wohl heute mit Genugtuung wenigstens feststellen, daß diese Opfer nicht vergebens gewesen sind, daß damit das finanzielle Fundament des badischen Staates, jenes Arbeitgebers, wiederum gesichert wurde. Schließlich werden manche badische Beamte jetzt einsehen, daß gerade die badische Besetzungspolitik in einem starken Ausmaß soziale Gesichtspunkte zur Geltung gebracht hat.

Staatspolitisch haben die süddeutschen Länder immer in Krisenzeiten zu den besonderen Schutzpatronen der Ordnung gehört. Erstreckt man sich auf das heute wohl wiederum sagen. Die badische Regierung hält Ordnung und der feste Wille, diese unter keinen Umständen stören zu lassen, befreit sie. Mehr wie je zeigt sich augenblicklich wiederum die große staatspolitische Bedeutung einer gesunden Eigenstaatlichkeit der Länder. Diejenigen, welche uns föderalisten, als kleine Geister beschreiben, denen der weite Blick fehlt, die uns der Reichsturnpolitik beschuldigen, wenn sie überhaupt die staatspolitische Situation von heute erfassen, werden nicht bestreiten können, daß wir mit unserer Grundauffassung vom Reich der jetzigen Verfassung des deutschen Volkes sehr gut angepaßte staatspolitische Ziele verfolgen. Übrigens ist es eine alte Weisheit, daß wenn man ein Haus baut, man nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben baut. Gerade in Zeiten staatlicher und wirtschaftlicher Erschütterungen wird der Staat, der in Gemeinden und Ländern gesunde, lebensfähige Zellen besitzt, immer leichter bestehen können, als der zentralistische Staat mit einer automatisch weniger lebensfähigen Einheitsregierung. So werden wir gerade jetzt wiederum bestärkt in unserer Auffassung, daß wir mit der föderalistischen Staatsidee recht haben, das Wohl nicht bloß des eigenen Landes, sondern des ganzen Reiches damit fördern, und darum werden wir und müssen wir daran festhalten. Die Eigenstaatlichkeit unseres Landes werden wir uns nicht rauben lassen.

Veränderungen bei der Reichsbahn

Von seiten des Reichsverkehrsministeriums wird mitgeteilt, daß von den sechs turnusmäßig aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn Ausscheidenden (Oberpräsident a. D. v. Batodi, Staatssekretär a. D. Bergmann, Präsident Grund, Feidel, v. Müller und von Siemens) Staatssekretär Bergmann als Vertreter der Vorzugsaktionäre wiedergewählt wird. Wiedergewählt werden v. Siemens und Batodi. An Stelle der übrigen ausscheidenden Herren treten Ministerialdirektor Schulze und Staatssekretär z. D. Gutbrod. Eine Stelle ist vorläufig noch offen geblieben.

Das Verfahren gegen Dr. Best geht weiter. Entgegen Nachrichten über eine Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Best, den Verfasser des „Kogheimer Dokumentes“, wird von zuständiger Stelle in Leipzig mitgeteilt, daß die Untersuchung weitergeht.

Uralzeff erkrankt. Der große Vertragsprozeß gegen den Russen Uralzeff und Genossen, der am 9. Januar vor dem zuständigen Berliner Gericht beginnen sollte und bei dem es sich um Kreditgeschäfte mit der Reichsbank handelt, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Als Vertagungsgrund wird die Erkrankung des Hauptangeklagten Uralzeff angegeben. Das Gericht hat eine amtärztliche Untersuchung Uralzeffs angeordnet.

Das neue Luftschiff „L3 129“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat auf 252 Fahrten bei 3600 Stunden Fahrtdauer rund 350 000 Kilometer zurückgelegt, was das Neunfache des Erdumfangs darstellt. 15 500 Personen wurden befördert, ferner 45 000 Kilogramm Fracht und Post. Der im Bau befindliche „L3 129“ wird noch größere Leistungen vollbringen können. Die Länge wächst von 235 Meter auf 248 Meter, der größte Durchmesser von 30 Meter auf 41 Meter, die Passagierzahl auf 50 Personen. Das Gerippe wird wiederum aus Duraluminium bestehen. Die Gasfüllung wird vorzugsweise mit unbrennbarem Helium vorgenommen werden. Das A-Deck erhält 26 Kabinen für je zwei Personen, das untere B-Deck die Gesellschaftsräume. Zu beiden Seiten der Gesellschaftsräume wird ein Wandelgang mit großen Glasfenstern angebracht werden. In dem gleichen Deck befindet sich auch das Lesezimmer und das Gesellschaftszimmer, sowie schließlich noch ein Rauchzimmer und ein Speisezimmer. Man will den Reisenden des Luftschiffes fast alle jene Bequemlichkeiten bieten, die in der heutigen Überseefahrt üblich sind.

Für den Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart erlaubt das württembergische Staatsministerium einen Aufruf, in dem es sich an alle Württemberger und Freunde Württemberg wendet und Mittel erbittet. Der Aufruf ist auch von dem Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager mitunterzeichnet.

Zur Durchführungsvorbereitung über die Zinsensenkung ist noch richtigzustellen, daß der Bewaltungslohnbeitrag bei Banken usw. abgefordert und von der Senkung verschont werden kann. Das Gleiche gilt auch für die Sparkassen, aber nicht für Versicherungsvereinigungen.

Mitwirkung der Gemeinden bei der Prüfung der Bedürftigkeit Arbeitsloser. Zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besteht seit geraumer Zeit eine Vereinbarung über die Art des Zusammenwirkens der Arbeitsämter mit den Gemeinden bei der Prüfung der Bedürftigkeit Arbeitsloser. Den Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände ist es gelungen, eine weitgehende Einschaltung der Gemeinden bei der Bedürftigkeitsprüfung zu erreichen.

Trostlose Finanzlage der Stadt Dortmund. Infolge der mizlichen Forderungen der Stadtverwaltung Dortmund am 1. Januar 1932 nur ein Sechstel der Gehälter für die Angestellten und Beamten zahlen. Sie hat sich ferner an die Hypothekengläubiger mit der Bitte um Stundung der Zahlungen gewandt.

Belgien bestellt für 300 000 Pfund Militärflugzeuge. Die belgische Regierung hat bei der englischen Airco Aviation Company Militärflugzeuge im Gesamtwert von 300 000 Pfund Sterling bestellt. Das ist der größte Auftrag, den eine ausländische Regierung bisher der britischen Flugzeugindustrie erteilt hat.

Kleine Chronik

Elli Reinhorn ist am 31. Dezember kurz vor Anbruch der Dunkelheit in Kalkutta eingetroffen. Die weitere Flugstrecke führt über Nagoon und Bangkol nach Singapur, teilweise über hohe Gebirge und unerschwinglichen Urwald.

In Dieffen, (Kreis Saarbrücken, Saargebiet) wurde die 63-jährige Witwe Scherer in ihrem Bett liegend ermordet aufgefunden. Offenbar handelt es sich um einen Raubmord. Die Tote hat vermutlich bereits vier oder fünf Tage in ihrem Zimmer gelegen.

In der Nacht zum Montag brach in einer Möbelhandlung in Bad Salz (Hessen) ein Brand aus, der sich auf die Nachbarmhäuser ausbreitete. Vier Häuser wurden eingeeißert. Den Bewohnern gelang es nicht, etwas von ihrer Habe in Sicherheit zu bringen.

Das Gericht in Köln verurteilte den 34-jährigen Bürogehilfen Kertz wegen fortgesetzter Urkundenfälschung und Betrug zu einer Gesamtstrafe von 2 1/2 Jahren Zuchthaus. Kertz war seit 1923 beim Kölner Städt. Beschaffungsamt beschäftigt und hatte durch Vorlegung erfindener und gefälschter Rechnungen rund 193 000 RM erschwindelt, die er auf der Rennbahn verwettet haben will.

Der Reptundampfer „Sektor“ ist auf der Außenweser bei Bremen aufgelaufen. Sechs Schlepper bemühen sich, den Dampfer wieder flott zu machen. Dabei geriet ein Schlepper ebenfalls fest und mußte von der Mannschaft verlassen werden.

Die Untersuchung der Störung der Silberer-Ansprache des Reichspräsidenten in Berlin hat bisher noch kein greifbares Ergebnis gezeitigt. Einer der verhafteten Telegraphenbauarbeiter wurde wieder entlassen. Das Alibi eines dritten Verdächtigen wird zur Zeit nachgeprüft.

Im Zusammenhang mit dem verwegenen Einbruch in die Räume des Generalkonsulats von Nicaragua in Berlin wurden von der Polizei zwei 25- und 30-jährige Burshen verhaftet. Durch diese Verhaftung wurde gleichzeitig ein großer Juweleraub verhindert, den die beiden Beschäftigten in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Berliner Westen ausführen wollten.

Die erste Hinrichtung im Königreich Italien seit 1870 wurde am Sonntag in Caltanissetta (Sizilien) durch Erhängung eines Mörders vollzogen. Das erst vor wenigen Monaten in Kraft getretene neue Strafgesetzbuch hat für Italien die Todesstrafe, die allerdings das vor einigen Jahren eingeleitete Sondergericht für politische Verbrechen bereits aussprechen konnte, auch für andere Verbrechen eingeführt.

Aus ganz Spanien wird starker Frost gemeldet. Das Thermometer ist stellenweise auf 25 Grad unter Null gesunken. Durchschnittlich sind Temperaturen von minus 15 bis minus 19 Grad gemessen worden. Mehrere Personen sind erfroren. Der Zugverkehr ist zum größten Teil stillgelegt.

Badischer Teil Badische Genehmigungs für die Bleag

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der badische Finanzminister hat auf die Anzeige des Kontrollerwalters über den Verkauf der Bahnen der Bleag an die Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft, Aktien-Gesellschaft, Berlin, nach Zustimmung des Herrn Reichsverkehrsministers vorläufig genehmigt, daß die Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft den Betrieb der seither von der Badischen Lokal-Eisenbahn-AG. betriebenen Bahnen vom 1. Januar 1932 an unter den Bedingungen der Konzessionen, die der Badischen Lokal-Eisenbahn-AG. erteilt worden waren, übernimmt.

„Deutsche kauft deutsche Erzeugnisse“

Unter obiger Überschrift lesen wir in der Korrespondenz der Badischen Landwirtschaftskammer:

„Dieser Appell, der seit langem besonders von der deutschen Landwirtschaft an den Verbraucher gerichtet wird, ist vielfach sehr verpöndelt worden. Nun mehren sich aber erfreulicherweise auch in außerhalb der Landwirtschaft stehenden Kreisen die Stimmen, die eine bessere Berücksichtigung deutscher Erzeugnisse verlangen. Dieser Stimmungsumschwung läßt sich auch schon auf den Märkten beobachten. Leider müssen wir jedoch die Feststellung machen, daß im Hinblick auf die große Not, in der wir uns befinden, immer noch zu große Mengen ausländischer Agrarprodukte auf unsere Märkte gemorren werden.“

So wurden beispielsweise in der Zeit von Januar bis November 1931 für rund 340 Millionen Reichsmark Obst und Südfrüchte und für 86 Millionen Reichsmark Frischgemüse eingeführt. Im Monat November allein wurden 1.240.000 Zentner Obst und Südfrüchte importiert, obgleich wir bekanntlich in diesem Jahre eine Kernobsternte hatten, wie wir sie seit langem nicht mehr erlebt haben. Die Einfuhr von ausländischem Frischgemüse betrug im November rund 254.000 Zentner. Geradezu überschwemmt wurden wir in den letzten Wochen mit ausländischem Blumenkohl. In der Stadt Frankfurt a. M. allein fanden an einem einzigen Tag 21 Waggon Blumenkohl, vorwiegend italienischer Herkunft, zur Abladung. Diese Einfuhr steht in einem trassen Widerspruch zu der ersten Lage, in der sich Wirtschaft und Finanzen in Deutschland befinden. Sie steht ferner in einem Widerspruch zu dem von bestimmter Interessentenkreise gemachten Versuch, die Einfuhr von ausländischem Obst und Gemüse als in diesem Jahre unumkehrlich zu bezeichnen. Bei den gegenwärtigen Marktlagebedingungen, die auf der ganzen Welt herrschen, wäre es in jedem anderen Lande einfach undenkbar, daß man in ganz unverblühter Weise für die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse Propaganda macht.

Wir wenden uns nicht gegen die Einfuhr schlechthin, sondern nur gegen die überflüssige Einfuhr, denn durch diese Einfuhr werden nicht, wie von der genannten Interessentenkreise in unberantwortlicher Weise behauptet wird, „Hochagrarien“, sondern Tausende kleiner und kleiner Bauernbetriebe in Deutschland geschädigt. Man sollte erwarten dürfen, daß in diesen schweren Schicksalsjahren jeder Deutsche noch so viel nationales Gefühl aufbringt, daß er dies zu würdigen versteht.“

Ründigungs der Tarife für die badischen Textilarbeiter

Auf Beschluß des Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter, Landesgruppe Baden, wurde in sämtlichen Betrieben der badischen Textilindustrie eine mit dem Datum des 31. Dezember verfallende Bekanntmachung angehängt, wonach vom 1. Januar 1932 ab die Höhe des bis zum 1. November 1931 gültigen Tarifes, gekürzt um 15 Proz., gelten. Die Aufrechnung der Arbeitslöhne in den Betrieben erfolgt auf der Grundlage der in entsprechendem Ausmaß gekürzten Branchenlöhne des früheren Tarifes. Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit der vorgenannten Neuregelung der Löhne nicht einverstanden sind, wird vorzugsweise bekanntgegeben, daß die Aufkündigung gleichzeitig als Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses gilt. Zur Begründung dieser Maßnahme wird angeführt, daß die Betriebe wieder arbeitsfähig gemacht werden müßten, damit weitere Arbeiterentlassungen vermieden, die Kurzarbeit vermindert und möglichst wieder Neueinstellungen vorgenommen werden können.

Von dieser Maßnahme werden insgesamt etwa 40.000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Gemeinderendebau

Um die Gebührensenkung

Der Stadtrat Ruedstadt hat sich dahin ausgesprochen, daß eine Verbilligung der Werkstarife dann eintreten soll, wenn die Auswirkung der 4. Reichsnotverordnung eine Ermäßigung der Gesteuerungskosten für Gas, elektrischen Strom und Wasser zur Folge haben und daß die Tarifverbilligung nur im Ausmaß der durch die Notverordnung eintretenden Entlastung der Werke gewährt werden kann. Übereinstimmung besteht darüber, daß, solange nicht andere Einnahmequellen erschlossen werden können, um die drückenden Fürsorgelasten abzubauen, die derzeitigen Ablieferungen der städtischen Werke an die Stadt bzw. Fürsorgeämter, nicht gemindert werden könnten.

Die Nationalsozialistische Partei in Ruedstadt hat beim Stadtrat den Antrag gestellt, eine Herabsetzung der Gebühren des Krankenhauses, des Schulgebäudes, des Wasserzinses und der Säge für die Müllabfuhr zu beschließen. Ferner möge der Stadtrat bei den zuständigen Stellen dahin wirken, daß auch für Gas, Elektrizität und für die Straßenbahn eine Preisermäßigung eintrete.

Unentgeltliche Stromlieferung an Unterhüfte. Im Stadtrat Karlsruhe haben die Sozialdemokraten die unentgeltliche Strom- und Gaslieferung an alle Haushaltungen beantragt, deren Haushaltsvorstand in öffentlicher Unterbringung oder dessen Einkommen nicht über den Mietsfuß der öffentlichen Fürsorge liegt. Ferner hat die sozialdemokratische Stadtratsfraktion folgenden Antrag gestellt: „Durch die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 werden die Zinsen für Anleihen der Gemeinden herabgesetzt. Der Anteil aus dieser Zinsenentlastung für den Rest des laufenden Rechnungsjahres ist in Kapitel „Steuer und Abgaben“ des Voranschlags in Einkünfte zu stellen. Dafür ist die Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters, die Bürgersteuer in dreifacher Höhe zu erheben, aufzuheben. Für das laufende Rechnungsjahr wird die Bürgersteuer in den Sägen des Vorjahres erhoben.“

Amtsenthebung eines nationalsozialistischen Stadtrates. Der Landeskommissar für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Ruedstadt hat nach längerem Disziplinarverfahren den nationalsozialistischen Mannheimer Stadtrat Dr. Orth seines Amtes enthoben, weil er fortgesetzt Verhöhnungen gegen die Gemeindeordnung begangen und die Pflichten eines Gemeinderatsmitgliedes gröblich verletzt hat.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Während in der Nacht vom Freitag zum Samstag es durch Ausstrahlung noch zu erheblichen Frösten kam, erreichte uns am Samstag die Vorderseite einer großen atlantischen Depression, die zuerst verbreitete Schneefälle, die später in Regen übergingen, brachte. Inzwischen hat sich die maritime Strömung so durchgesetzt, daß erst in 1500 Meter Höhe die Frostgrenze erreicht wird. Die außerordentlich milde Witterung wird anhalten. — Voraussage: Fortdauer der veränderlichen und milden Witterung mit zeitweiligen Regenfällen.

Wasserstände: Badstut 284 plus 112, Badst 93 plus 112, Schutterinsel 155 plus 113, Rheinweiler 85 plus 110, Rehl 257 plus 86, Marx 421 plus 77, Rannheim 290 plus 82, Gaub 175 plus 14.

Aus der Landeshauptstadt

Hochwasser in Aussicht. Durch den jähen Temperaturumschwung, der im Laufe des Samstags und auch noch am Sonntag angehalten hat, sind im Schwarzwald die großen Neuschneemengen, die vor der Jahreswende gefallen waren, in den unteren Lagen ganz und in den oberen Regionen zum größten Teil zum Abschmelzen gekommen. Der föhnartige Sturm und die großen Regengüsse taten ihr übriges, um die vorhandenen Schneemassen in der Zeit von ein paar Stunden zu schmelzen. Die kleinen Schwarzwaldtäler, insbesondere die des Nordschwarzwaldes, gleichen reißenden Gebirgsbächen. Da ein Sinken der Temperatur vorläufig nicht zu erwarten ist, besteht Hochwassergefahr. Durch den Wettersturz wurden die zahllosen Winterportler, die sich in den Schneeschuhportgebieten aufhielten, zum fluchtartigen Verlassen veranlaßt, da die Ströme, sofern sie nicht schon ganz abgeschmolzen waren, vollkommen unumgänglich geworden waren.

Fußballspiele zugunsten der Winterhilfe. Aufgebaut auf dem Grundgedanken, die Not unserer Mitmenschen zu lindern, hat auch der Südd. Fußball- und Leichtathletikverband einen Aufruf an seine Verbändevereine gerichtet, am 10. Januar sogenannte Notfußballspiele im ganzen Verbandsgebiet zur Durchführung zu bringen. Das Karlsruher Sportpublikum wird Gelegenheit haben, im Notfußball die bekannte „Austria“, Wien, gegen eine Karlsruher Stadtblend spielen zu sehen. Als Vorspiel werden zwei Auswahlmannschaften der hiesigen Kreisliga gegeneinander antreten. Eine zweite Karlsruher Stadtblendmannschaft wird in der Nachmittagspause gegen eine kombinierte Mannschaft aus Durlach und Aue antreten. Der Südd. Fußball- und Leichtathletikverband stellt für die Nothilfe seine Behörden, Spieler und Schiedsrichter vollkommen unentgeltlich in den Dienst der guten Sache. Da die Eintrittspreise niedriger gehalten werden, so ist zu hoffen, daß die berühmte „Austria“-Mannschaft auch in Karlsruhe einen überfüllten Platz bringen wird und der Karlsruher Notgemeinsinn ein erheblicher Überschuss aus dem Spiel zugunsten der Notleidenden zugeführt werden kann.

Zeitercheinungen. Über das Vermögen der Firma Residenz-Automat G. m. b. H. in Karlsruhe wurde der Konkurs eröffnet, ebenso über das Vermögen des Ferdinand Fielmann, Inhaber der Karl-Apothek in Karlsruhe.

Kommunistische Propaganda. Ein hiesiger Gärtner wurde angezeigt, weil er in den Abendstunden des 2. Januar Plakate und Handzettel kommunistischen Inhalts an verschiedenen Häusern der Kronenstrasse angebracht hatte. Er wurde dem Schnellrichter vorgeführt.

Badisches Landestheater. Seltene Gäste werden am Mittwoch, dem 6. Januar, ihren Einzug halten: die Tanzgruppe der indischen Hindus. Der Zauber einer fremden Welt, einer uralten Tradition wird alle umfassen, die sich das Erlebnis dieses indischen Gastspiels verschaffen werden. Enttäuscht wird sein, wer etwa eintöniges Grottemoll und schlangenschnöde Gesticulation im Geschnack einer „Indien-Schau“ erwartet. Erstaunt und gleichermäßen begeistert aber der, der sich von dem unerhörten Ausdrucksreichtum dieses indischen Körperspiels, der immer adlig-vornehmen Reflexe selbst in der Deutung großer Gemütsbewegungen überraschen läßt. Nachtrauende alte Überlieferungen wird in den Tänzen Uday Chan-Ras und Simlis lebendig. Das Hindu-Orchester, das alle diese Tänze begleitet, besteht aus 36 verschiedenen Instrumenten, von indischen Musikern gespielt, und in der Vortragsfolge werden gemeinschaftliche Tänze, Einzeltänze von Uday Chan-Ras und Simlis, Vortragsgruppen miteinander abwechseln. Den Beschluß des Abends wird ein großes Tanzdrama archaischen Charakters „Londran-Mitta“ bilden, das einen altindischen Mythos behandelt.

Hier fängt's an ...

beuge vor — gurgle trocken mit Wobbe



Kurze Nachrichten aus Baden

Schneeschmelze und Hochwasserschäden

Schwere Folgen des Witterungsumschlages

W.D. Freiburg i. Br., 4. Jan. (Tel.) Der plötzliche Witterungsumschlag führt, durch Regenfälle vergrößert, zu einem erheblichen Anschwellen der Schwarzwaldflüsse. Der Oberrhein ist in den letzten 24 Stunden um über 1 Meter gestiegen. Die erste Flutwelle hat bereits Rehl erreicht. Die Kinzig hat im Gebiet zwischen Ofendau und Rehl weite Überschwemmungen verursacht und schließlich von Rehl den Bahndamm unterpflüßt, so daß seit heute morgen der Verkehr auf der Strecke Appenweier-Rehl unterbrochen ist. Man versucht, den lokalen Verkehr durch Umsteigen an der Einbruchsstelle aufrechtzuerhalten, während der Schnellzugverkehr Appenweier-Rehl-Strasbourg über Wintersdorf umgeleitet wird.

Das Hochwasser der Kinzig

DJ. Rehl, 4. Jan. Heute früh um 5 Uhr wurde die Einwohnerzahl von Rehl durch die Alarmstunde auf dem Rathaus aus dem Schlafe geweckt. Die Feuerwehr war zu einem Dammbrech im Gebiete der Kinzigregulierung in der Nähe von Neumühl gerufen worden, wo die Kinzig, infolge des Hochwassers in das neue Bett eingedrungen war und den dort entlang führenden alten Eisenbahndamm auf einer Strecke von 20–25 Metern unterpflüßt hatte, so daß die beiden Schienenkränze in die Luft ragten. Schon gestern abend bemerkte man, daß das Hochwasser der Kinzig an dieser Stelle gefährlich werden könne. Deshalb wurden sofort umfangreiche Vorkehrungen zur Befestigung des Damms unternommen. Als letzter Zug passierte um 2 Uhr nachts der Pariser Schnellzug die Strecke, die dann gesperrt werden mußte. An der Unfallstelle konnte die Feuerwehr infolge der Dunkelheit zunächst nichts ausrichten. Erst gegen 9 Uhr wurden die Arbeiten zur Behebung der Schäden seitens der Feuerwehr und Eisenbahner energig aufgenommen. Der lokale Zugverkehr wird durch Umsteigen an einer in der Nähe der neuen Eisenbahnbrücke errichteten Notabfuhrstelle aufrechterhalten, bis zu welchem Punkte der Eisenbahnverkehr durchgeführt werden kann.

Amlich wird mitgeteilt: Durch das Hochwasser der Kinzig wurde der Bahndamm der Bahnstrecke Appenweier-Rehl in der Nacht zum Montag bei Neumühl unterpflüßt, so daß der Zugverkehr um 3.30 Uhr heute früh eingestellt werden mußte. Beide Gleise sind voranschreitend bis heute abend gesperrt. Der Zugverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Durchgangsschnellzüge Paris-München und umgekehrt werden über Wintersdorf umgeleitet.

hpd. Lodenburg, 3. Jan. Am Samstagnachmittag ist der Personenzug 951 im Bahnhof Lodenburg beim Zurückgehen im Gleis 5 auf die Kopftrampe aufgefahren, wobei ein Post- und vier Personenwagen leicht beschädigt wurden und ausgehebt werden mußten. Bei dem Auffahren erlitten einige Reisende leichte Verletzungen.

hpd. Bruchsal, 3. Jan. Mit dem 1. Januar ist die „Bruchsaler Zeitung“ in ihren 150. Jahrgang eingetreten. Sie wurde im Jahre 1783 gegründet und ist damit die fünfzehnte Zeitung in Baden. Ihr im Alter voraus sind die „Konstanzer Zeitung“, gegründet 1728, die „Karlsruher Zeitung“, gegründet 1756, die „Wertheimer Zeitung“, gegründet 1772 und das „Donauschinger Tagblatt“, gegründet 1779. Wie wir hören, wird der Verlag im Laufe des Jahres 1932 der Tatsache des 150-jährigen Bestehens der „Bruchsaler Zeitung“ in entsprechender Weise gedenken.

hpd. Vörsach, 3. Jan. Das 25-jährige Geschäftsjubiläum konnte die Weltruf genießende Firma Wybert G. m. b. H. begehen. Die Firma war seinerzeit in St. Ludwig im Elfsah gegründet worden und siedelte nach dem Krieg in Lammingen an. Im Jahre 1925 wurde in Berlin und 1930 in Köln eine Geschäftsstelle eröffnet.

hpd. Unterkirch (bei Bilingen), 2. Jan. Nach kurzer Pause ist in der Nacht zum 2. Januar schon wieder ein Anwesen niedergebrannt. Kurz vor Mitternacht entzündete in der Werkstätte der ehemaligen Dreifachfabrik der Fa. Wolfgang Blesing Feuer. Das Wohnhaus konnte zum Teil gerettet werden, während die übrigen Gebäulichkeiten niederbrannten. Die Fahrnisse konnten nur zum Teil geborgen werden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amlich)

	4. Januar		2. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.98	169.32	168.83	169.17
Kopenhagen 100 Kr.	78.42	78.58	79.17	79.33
Italien . . . 100 L.	21.28	21.32	21.28	21.32
London . . . 1 Pf.	14.18	14.22	14.28	14.32
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.51	16.55
Schweiz . . . 100 Fr.	82.12	82.28	82.10	82.26
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Brag 100 Str.	12.47	12.49	12.47	12.49

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Dezember 1931 stellte sich in der Ultimowoch der gesamte Zahlungsmittelumsatz unter Einbeziehung von etwa 1298 Millionen Reichsmark Scheidemünzen und etwa 188 Millionen Reichsmark Privatbanknoten auf rund 6679 Millionen Reichsmark, gegen 6406 Millionen Reichsmark Ende 1930. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 1,6 Millionen auf 1156,3 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,9 Millionen auf 984,0 Millionen Reichsmark abgenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 2,5 Millionen auf 172,3 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähigen Devisen beträgt 24,2 Prozent gegen 25,8 Prozent in der Vorwoche.

Die Reichsbahn-Anleihe. Die mit dem 31. Dezember 1931 abgelaufene Frist für die Abgabe der Zeichnungserklärung auf die steuerfreie Reichsbahn-Anleihe wurde bis zum 1. Februar 1932 einschließlic verlängert.

Die neuen Stidstoffpreise. Das Stidstoffhandelsgesetz gibt die auf Grund der Notverordnung um durchschnittlich 10 Prozent gesenkten Preise für stidstoffhaltige Düngemittel bekannt, mit Ausnahme der Preise für Kalziumstidstoff, deren Festsetzung noch nicht erfolgen konnte; die Frist dafür ist bis zum 10. Januar verlängert worden, jedoch wird eine Rückwirkung für alle Bezüge ab 1. Januar 1932 erfolgen.

Aufhebung des mitteldeutschen Braunkohlenyndikats. Der Reichswirtschaftsminister erklärte mit Wirkung vom 20. Januar den Syndikatsvertrag des mitteldeutschen Braunkohlenyndikats von 1927 in der Fassung vom 1. April 1929 für nichtig.

Süddeutsche Zuder AG, Mannheim. Da für das abgelaufene Betriebsjahr 1930/31 eine Verständigung innerhalb der Zuderindustrie noch nicht zustande gekommen war, stieg der Rübenanbau erneut um reichlich 8 v. H. Dazu kam ein Gestartertrag, wie er seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet wurde. Eine abnormale von 15 auf 18 v. H. der Erzeugung gesteigerte Ausfuhr und dazu ein Überlager von weiteren 25 v. H. waren die Folge. Immerhin habe dieser Zustand, wie in dem vorliegenden Bericht der Gesellschaft ausgeführt wird, den Plan einer Kontingentierung der deutschen Zudererzeugung endlich zum Reifen gebracht, nachdem vorher die hauptsächlichsten Zuderexportländer der Erde zu einer internationalen Vereinbarung kamen. Trotz dieser hohen Ausfuhr- und Überlagerquoten konnte der Inlandsmarkt nicht bereinigt werden. Obgleich der Verbrauch sich auf der Höhe des Vorjahres hielt, blieben den Raffinerien und Weißzuderfabriken auf 1. Oktober 1931 nicht weniger als 9 v. H. ihres Inlandskontingents unverkauft auf Lager, die das Überlager vermehren. Der innerdeutsche Zufuhrenschluß hat eine scharfe Drosselung des Rübenanbaues zur Folge. Zum erstmaligen konnte die Leistungsfähigkeit der rübenbearbeitenden Werke der Gesellschaft bis zur Grenze ausgenützt werden. Die eigene Landwirtschaft habe auf den meisten Gütern mit Verlust abgeschlossen. Der Betriebsüberschuß auf 31. August 1931 hat sich von 4,98 auf 3,43 Mill. Reichsmark gesenkt. Einschließlic 1,81 (1,16) Mill. Reichsmark Vortrag verbleibt ein Reingewinn von 4.292.095 RM gegen 4.798.550 RM i. V. Wie schon mitgeteilt, wird der Hauptversammlung am 8. Januar vorgeschlagen, hieraus 8 (10) v. H. Dividende auf die Stammaktien und wieder 7 v. H. auf die Vorzugsaktien auszuscheiden, so daß ein Neuvortrag von 1,89 Mill. Reichsmark verbleibt. Man rechnet aber im Hinblick auf die hohe Zudersteuer und die gewachsene Notlage des Volkes mit einem weiteren Rückgang des Verbrauchs.

Die Handelskammer Forzheim hat einen Jahresabschlussbericht herausgegeben, der sich ausschließlic auf die Handels- und Devisenpolitik beschränkt, weil diese für die Forzheimler Industrie von größter Bedeutung ist. Die Einfuhrdrosselung, so heißt es, habe sich in erster Linie gerade gegen die Erzeugnisse der deutschen Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie als entbehrlichen Luxus gewandt. Deutschland dürfe sich nicht kampfflos in sein Schicksal ergeben. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn der Unternehmer den Kampf aufgeben wollte. Man habe die deutsche Regierung gebeten, den Wirtschaftskampf aufzunehmen, um ihn auf die Spitze zu treiben und dadurch abzukürzen. Es bleibe nur die Hoffnung, daß alle Zollmauern bald in sich zusammenstürzen und die Weltwirtschaft wieder die Erleichterungen erhält, deren sie zu ihrem Leben bedarf.

Zudermonopol in Lettland. Zur Förderung der einheimischen Zuderindustrie nahm das lettische Parlament ein Gesetz zur Einführung des staatlichen Zudermonopols an.

Kaffee Hag wieder 10% billiger!

Das große Paket RM 1,46

Das kleine Paket RM 0,73

652

Badische Lichtspiele • Konzerthaus

DIE NIBELUNGEN

Erster Teil: SIEGFRIED

Der gewaltigste deutsche Großfilm, der je gedreht wurde, mit der eigens dazu geschriebenen Original-Musik! Das bewährte Hausorchester mit verstärkter Besetzung!

Preise: -40,-, -60,-, -80,-, 1,40.- Jugend zugelassen! - Vorverkauf wie üblich!


B.550. Karlsruhe. über das Vermögen der Firma **Residens-Automat G. m. b. H.** in Karlsruhe wurde heute mittags 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Heinrich Lang, Karlsruhe, Kaiserstr. 168. Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1932 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschlie- dung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Freitag, den 29. Januar 1932, nachmittags 4 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Freitag, den 19. Fe-

bruar 1932, nachmittags 4 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademie- straße 8, 1. Stock, Zimmer 40. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinshuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedi- gung daraus ist dem Kon- kursverwalter bis 1. Fe- bruar 1932 anzuzeigen. Karlsruhe, den 31. Dezbr. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

B.551. Karlsruhe. über das Vermögen des **Ferdinand Viemann**, Inhaber der Carl-Apotheke in

Karlsruhe, Ede Karl- und Amalienstraße, wurde heute vormittags 9 Uhr Konkurs eröffnet. Kon- kursverwalter ist Johann Nist, Kaufmann in Karls- ruhe, Hans-Thoma-Str. 5. Konkursforderungen sind bis zum 23. Januar 1932 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubig- geraussschusses, zur Ent- schließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der ange- meldeten Forderungen ist am: Montag, den 1. Februar 1932, vormittags 10 Uhr, vor dem Amts- gericht Karlsruhe, Akademie- str. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinshuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befrie- digung daraus ist dem Konkursverwalter bis 23. Januar 1932 anzuzeigen. Karlsruhe, den 31. Dezbr. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Interieren bringt Gewinn



Badisches Landestheater

Dienstag, den 5. Jan. 1932
*E 13. Th.-Gen. II. C.-Gr.
und 401-500

Mina

Komödie von Bruno Franck

Regie: Baumbach

Mitwirkende:
Erwig, Mademacher, Seiling,
Gebelein, Heber, Brand,
Dahlen, Herz

Anfang 20 Ende 22
Breite A (0,60-3,50 RM)

Mi. 6.1. Nachm.: Händel und
Gretel. Hierauf: Die Puppen-
puppe. Abends: Gastspiel
der indischen Hindu-Gruppe
Uday Chan-Kar. Do. 7. 1.
Schwengels. Fr. 8. 1. Han-
neles-Himmelfahrt. Sa. 9. 1.
Im weißen Rössl. So. 10. 1.
Nachmittags: Die Prin-
zessin auf dem Seil. Abends:
Der Rosenkavalier. Im
Konzerthaus: Olló-Polly.

Oeffentliche Sparkasse Rendschen

(Städtische Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	71 939,28	1. Spareinlagen	607 967,96
2. Guthaben bei Reichs- bank, Landesbanken u. Reichsbankamt	31 255,92	2. Aufwertungs-spareinlagen	139 391,80
3. Wechsel	32 512,96	3. Giroeinlagen	112 787,70
4. Darlehen an Hypotheken	285 127,22	4. Ausgaberrückstände	371,-
5. Darlehen in ffd. Rech- nung an Private	206 230,85	5. Rücklagen	
6. Darlehen an Schuldschein	94 630,70	a) gefehl. Res.-Fonds	60 009,72
7. Darlehen an Gemeinden	16 000,-	b) Sonderrücklage	1 800,-
8. Aufwertungsforderung	78 776,36	6. Reingewinn vom Jahre 1931	5 036,30
9. Einnahmerückstände:			
a) Aufwertungs- abrechnungsfonds	51 511,98		
b) rückständige Zinsen	26 878,21		
10. Einlage beim Bad. Spar- kassen- und Giroverband	17 100,-		
11. Grundstücke u. Gebäude	16 000,-		
12. Gerätschaften	1,-		
	927 964,48		927 964,48

Berechnung der Rücklage:

Die gefühlte Rücklage hat zu betragen:
8% aus 860 147,46 RM Einlagen 68 811,76 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 65 646,02 RM
Somit weniger 3 165,74 RM

Rendschen, den 2. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Dr. E. Glau, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:
Walz.

Zentralhandelsregister für Baden

Ettlingen. B.510
Handelsregister A D.-3.
212. Firma **Lukas Neugart** in Langensteinbach:
Die Firma ist, weil nicht
mehr registrierpflichtig, er-
loschen.
Ettlingen, 14. 12. 1931.
Amtsgericht.

Ettlingen. B.769
Handelsregister B D.-3.
46. Firma **Bogel & Bern-
heimer**, Zellstoff- und Pa-
pierfabriken Aktiengesell-
schaft in Ettlingen. Durch
den Beschluß der General-
versammlung vom 18. De-
zember 1931 ist der Ge-
sellschaftsvertrag in §§ 3
(Grundkapital) und 15
(Stimmberechtigung) ge-
ändert. Das Grundkapital
beträgt 4,2 Millionen RM,
eingeteilt in 1200 Vorzugs-
aktien über je 1000 RM je
1000 RM.
Ettlingen, 28. Dez. 1931.
Amtsgericht.

Karlsruhe. B.530
Handelsregister Einträge.
1. **Johann Kieffer**, Karls-
ruhe. Die Firma ist er-
loschen.

2. **Christian Dietrich**,
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen. Die handwerks-
mäßige Maßschneiderei
wird weitergeführt. 22. 12.
31.

3. **Möbelschau Rudolf &
Seebauer**, Karlsruhe. Die
Firma ist geändert in:
Möbelschau Mar Seebauer.
Die Gesellschaft ist
aufgelöst. Der bisherige
Gesellschafter Mar Seebauer
ist alleiniger Inhaber
der Firma.

4. **Gebrüder Weil**, Gra-
ben. Die Gesellschafter
David Weil u. Karl-Weil
wohnen jetzt in Karlsruhe.
Dem Kaufmann Leo Ell-
mann, Berlin, ist Gesamt-
prokura in der Weise er-
teilt, daß er nur gemein-
schaftlich mit dem Ein-
zelprokuristen Ferdinand
Schuler, jetzt in Neudorf,
zur Vertretung der Ge-
sellschaft berechtigt ist.
23. 12. 31.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.531
Handelsregister Einträge.
1. **Maro-Film-Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung**, Karlsruhe. Die
Vertretungsbefugnis des

Geschäftsführers Hermann
Süß ist beendet. Geschäft-
sführer: Josef Sommer,
Kaufmann, Karlsruhe.
2. **Geschwister Gutmann**,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe.
Durch Gesellschaftsbeschluß
vom 24. November 1931
wurde der Gesellschafts-
vertrag in den §§ 5, 6, 7,
9, 10, 11 und 12 geändert
und ergänzt. Auf die ein-
gereichte Urkunde wird
Bezug genommen. 23. 12.
1931.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.552
Handelsregister Einträge.
1. **Schwig E. Lutz**,
Zeitschneiderei, Prokura:
Charlotte Luise Schulz,
Kontoristin, Zeitschneid-
erei. 28. 12. 31.
2. **J. Marbus & Co.**,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen. 30. 12.
31.

3. **Karl Lindenberg**,
Karlsruhe. Einzelkauf-
mann: Karl Lindenberg,
Kaufmann, Karls-
ruhe (Holzagentur, Kriegs-
str. 91). 30. 12. 31.

4. **Serrmann & Co.**,
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen.
5. **L. Palm & Sohn**,
Karlsruhe, Kommanditge-
sellschaft mit Beginn am
1. Juli 1931. Persönlich
haftender Gesellschafter:
Kaufmann Heinrich Palm
Ehfrau, Nina geb. Ham-
berger, Karlsruhe. Pro-
kura: Heinrich Palm,
Kaufmann, Karlsruhe. Es
ist ein Kommanditist be-
teiligt. (Großhandel in
Haus- und Küchengeräten
und Kurzwaren, Durlacher
Allee 21.) 31. 12. 31.
Amtsgericht Karlsruhe.

Kehl. B.493
Handelsregister. Firma
Zul. **Seppner Nachf.** in
Kehl. Offene Handelsge-
sellschaft. Gesellschafter:
Johann Schmitt, Spedit-
eur, Nikolaus Schmitt,
Speditur, und Albert
Schmitt, Speditur, alle
in Strahburg. Die Gesell-
schaft hat am 1. Novem-
ber 1931 begonnen. Dem
Kaufmann Armand Ber-
mann Siemert in Kehl ist
Einzelprokura erteilt.
Kehl, 9. Dez. 1931.
Bad. Amtsgericht II.

Kehl. B.495
Handelsregister.
1. Firma **Heinrich L.
Wertheimer**, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
in Kehl a. Rh.
2. Firma **Holzhandels-
gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung** in Kehl a.
Rh.: Von Amts wegen ge-
löst.
Kehl, 9. Dez. 1931.
Bad. Amtsgericht II.

Konstanz. B.496
Handelsregister.
A Band V D.-3. 94.
Windmüller & Co. in Kon-
stanz. Offene Handelsge-
sellschaft. Durch den Tod
des Gesellschafters Hein-
rich Harburger ist die Ge-
sellschaft aufgelöst. Das
Gesellschaftsamt ist auf den
bisherigen Gesellschafter
Josef Windmüller überge-
gangen und wird von die-
sem unter der bisherigen
Firma fortgeführt. 26. 11.
1931.

A Band II D.-3. 66.
Gebrüder Kopp in Kon-
stanz. Offene Handelsge-
sellschaft. Durch den Tod
des Gesellschafters Ad-
rian Wolf Nothmann ist die
Gesellschaft aufgelöst; die
Firma ist erloschen. 10. 12.
1931.

B Band II D.-3. 55.
**Diag Holzverarbeitungs-
Industrie Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung** in
Konstanz. Durch Gesell-
schafterbeschuß vom 27.
November 1931 ist die
Firma geändert in: **Diag-
Berein Holzverarbeitungs-
Industrie Gesellschaft mit
beschränkter Haftung**.
Durch den gleichen Be-
schluß ist § 2 der Satzung
(Gegenstand des Unter-
nehmens) dahin geändert,
daß er nunmehr lautet:
Gegenstand des Unter-
nehmens ist die Fortführung
des Betriebes der durch
Fusion im Juli 1930 auf
die deutsche Gold- und
Silber-Scheideanstalt vor-
mals Noefler zu Frank-
furt a. M. übergegan-
genen Werke der ehemaligen
Holzverarbeitungs-Industrie
Aktiengesellschaft zu Kon-
stanz (im Verlehe „Diag“
genannt), ferner die Fort-
führung des Betriebes der
zur Zeit dem Verein für
chemische Industrie Aktien-
gesellschaft zu Frankfurt

am Main (im Verlehe
„Verein“ genannt) gehö-
renden Werke, deren Über-
gang auf die Deutsche
Gold- und Silber-Scheide-
anstalt vormals Noefler in
Frankfurt am Main, vor-
behaltlich der Zustimmung
der Generalversammlung
des Vereins für chemische
Industrie Aktiengesellschaft
zu Frankfurt am Main
durch Zusatzvertrag vom
17. November 1931 ver-
einbart ist, und zwar für
Rechnung und auf Bei-
haltung der Eigentümerin.
Die Gesellschaft bezweckt
nicht die Erzielung ge-
schäftlicher Gewinne. Die
Gesellschaft ist berechtigt,
auch an anderen Orten,
und zwar sowohl des In-
landes wie des Auslan-
des, Zweigniederlassungen
zu errichten. Ferner wurde
durch denselben Beschluß
§ 5 Absatz 1 der Satzung
dahin geändert, daß er
nunmehr lautet: Die Ge-
sellschaft wird wie folgt
vertreten: a) Wenn ein
Geschäftsführer vorhanden
ist, von diesem, b) wenn
mehrere Geschäftsführer
vorhanden sind, durch 2
Geschäftsführer oder durch
einen Geschäftsführer in
Gemeinschaft mit einem
Prokuristen. Zu ordent-
lichen Geschäftsführern
sind neu bestellt: Kauf-
mann Adolf Fink und
Kaufmann Dr. Helmut
Kiecherath, beide in Frank-
furt a. M. Der bisherige
stellvertretende Geschäfts-
führer Leo Hubert ist
zum ordentlichen Ge-
schäftsführer ernannt. Dem
Chemiker Dr. Karl Hink
und dem Ingenieur Frie-
drich Heider, beide in
Frankfurt a. M., ist Pro-
kura in der Weise erteilt,
daß jeder der Genannten
berechtigt ist, die Gesell-
schaft rechtsverbindlich in
Gemeinschaft mit einem
Geschäftsführer zu vertre-
ten und zu zeichnen. 7. 12.
1931.
Bad. Amtsgericht A 1,
Konstanz.

Mannheim. B.482
Handelsregister Einträge
vom 9. Dezember 1931.
**Badische Affenanz-Gesell-
schaft, Aktiengesellschaft**,
Mannheim: Durch Be-
schluß der Generalver-

sammlung vom 3. De-
zember 1931 wurden 800
Stück Stammaktien zu je
800 RM. eingezogen. Dem-
gemäß ist die Ermäßigung
des Grundkapitals um
240 000 RM. erfolgt. Das
Grundkapital beträgt jetzt
2 280 000 RM. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist durch
Beschuß der Generalver-
sammlung vom 3. Dezem-
ber 1931 in § 4 Abs. 1
(Grundkapital) und § 7
Abs. 1 bis 3 (Einzahlun-
gen auf die Aktien) geän-
dert.

**Badische Urania Licht-
spiel-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Mann-
heim:** Alexander Grau u.
Rudolf Grimmer sind
nicht mehr Geschäftsfüh-
rer. Rechtsanwält Dr. Ger-
mann Schwerin, Berlin,
und Kaufmann Dr. Hans
Leuner, Berlin-Halensee,
sind zu Geschäftsführern
bestellt.

**Verkaufskontor für
Schwammkissen, Bismö-
den und Bismies, Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung, Mannheim:** Die
Gesellschaft ist aufgelöst.
Der bisherige stellvertre-
tende Geschäftsführer
Kaufmann Eduard Ver-
mel in Mannheim ist zum
alleinigen Liquidator be-
stellt.

**Droht & Co., Mann-
heim:** Das Geschäft samt
Firma ist auf den bisher-
gen Gesellschafter Kauf-
mann Karl Droht, jetzt in
Sonthofen, übergegangen.
Der Ort der Niederlas-
sung ist nach Sonthofen
verlegt.

**Mannheimer Glasma-
terei Johannes Kriebitzsch**,
Mannheim: Die Firma ist
erloschen.
Bad. Amtsgericht, S.-O. 4,
Mannheim.

Rastatt. B.507
Handelsregister Einträge
Abt. B Band II D.-3. 74
zur Firma **Private Kraft-
fahrtschule für den Bezirk
Rastatt, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung** in
Rastatt: Tobias Kühn,
Kaufmann in Rastatt, ist
durch Tod als Geschäfts-
führer ausgeschieden. An
dessen Stelle wurde der
Ingenieur Heinrich Him-
melstein in Niederbühl als

weiterer Geschäftsführer
bestellt.
Den 11. Dezember 1931.
Amtsgericht Rastatt.

Rastatt. B.508
Handelsregister Einträge
Abt. B Band I D.-3. 51,
zur Firma **Ernst Leih,
Kinowert, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung** in
Liquidation in Rastatt:
Die Firma ist erloschen.
Den 11. Dezember 1931.
Amtsgericht Rastatt.

Rastatt. B.509
Handelsregister Einträge
Abt. A Band II:
1. D.-3. 6, zur Firma
**Dannhauer J. B. Sink
Nachf.** in Rastatt:
Die Prokura des Kauf-
manns Alfred Dannhauer
in Rastatt ist erloschen.
2. D.-3. 174, zur Firma
**Felix Lewy, Kommanditge-
sellschaft in Rastatt:** Die
Firma ist erloschen.
Den 11. Dezember 1931.
Amtsgericht Rastatt.

überlingen. B.483
Handelsregister Abt. A
Band I D.-3. 90: Firma
August Schöb in Überlin-
gen.

überlingen. B.494
Handelsregister Abt. A
Band II D.-3. 76: Firma
Karl John in Überlingen
ist erloschen.
Überlingen, 4. 12. 1931.
Bad. Amtsgericht.

überlingen. B.499.
Handelsregister Abt. A
Band II D.-3. 1: Firma
Damburger Kaffee-Lager
Hans Höber in Überlin-
gen. Inhaber: Hans
Höber, Kaufmann in Of-
fenburg. Den 10. Dez. 31.
Bad. Amtsgericht über-
lingen.

Bücherrevisoren und Treuhänder

Theodor Theissen

Kaiserstraße 175 Karlsruhe Telefon 4922

Büro für kaufmännische Beratung
Revisionen / Bilanzen / Verträge

Bearbeitung von Aufwertungsangelegenheiten
Auskunftei L.832

Otto Marx

L.479
beeidigter Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger
für den Bezirk der Handelskammer Karlsruhe (Baden)

Badischer Handelshof, Fernsprecher 4762

Revisionen / Buchanfragen / Steuerberatungen / Gutachten
Sanierungen / Gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche
Liquidationen / Vermögens- und Hausverwaltungen.

Bücherrevision Steuerberatung

L.469
Neuerrichtung, Fortführung u. Überwachung von Buchführungen,
Abschlüsse u. Bilanzstellung, Sanierungen, außergerichtliche
u. gerichtliche Vergleiche

Paul Glässer

Bücherrevisor und kaufmännischer Sachverständiger. Zugelassen
zur Vertretung bei
den Finanzämtern
Kaiserstr. 199 b. Waldstr. Fernspr. 3182

Druck G. Braun, Karlsruhe